

Suche nach der Chamer Armut

DEBATTE Die Politik diskutiert eine SozialCard für den Landkreis, die Vergünstigungen bietet. Die Frage ist, wer sie bekommen soll.

VON CHRISTOPH KLÖCKNER

CHAM. Herauskommen soll eine Hilfe, die ankommt. Für die Bürger im Landkreis Cham, die nicht so viel im Geldbeutel haben. Die Politik will ihnen die Möglichkeit geben, zumindest an den Angeboten der Kommunen und des Landkreises teilnehmen zu können – kostenlos oder gegen einen Rabatt auf den Eintrittspreis.

Wie so etwas ausschauen kann, lässt sich lange diskutieren, wie jetzt der Chamer Kreisausschuss feststellte. Die SPD hatte einen Antrag zur Einführung einer SozialCard gestellt, wie es sie bereits an vielen Orten gibt. Und das führte zum breiten Austausch etwa zur Frage, wo die Armut im Landkreis zu finden ist. Eine Teilhabe am öffentlichen Leben betroffener Menschen ist dabei das hehre Ziel einer SozialCard.

Wer bekommt die Card?

Doch wie soll sie aussehen, wer bekommt sie und wie teuer darf es werden? Für die SPD erläuterte Fraktions-sprecher Wolfgang Kersch den Antrag, wobei er als Zielgruppe besonders die Hartz-IV-Empfänger nannte. Den Zahlen nach erhalten im Landkreis Cham über 3000 Menschen Grund-sicherung und Sozialhilfe, was einer Quote von 2,2 Prozent entspricht. Der Anteil armer Kinder liegt bei vier Prozent, wobei diese 1200 Kinder zwischen 0 und 18 Jahren sind, die in Hartz-IV-Bedarfsgemeinschaften leben.

Nach Vorstellung der SPD wird Corona die wirtschaftliche Lage vieler Chamer weiter verschärfen, insbesondere die von Menschen, die bereits am Existenzminimum leben. Hier soll die SozialCard, die für jeweils ein Jahr mit dem SGB-Bescheid und ohne großen



Im Landkreis werden die Mittel für Bildungsteilhabe mittlerweile von zwei Dritteln der Berechtigten genutzt. FOTO: RALF HIRSCHBERGER/DPA

TEILHABE FÜR HARTZ-IV-EMPFÄNGER

Bildungspaket. Dass Teilhabe möglich ist, zeigt die Umsetzung des Bildungspakets für Hartz-IV-Empfänger, das der Bund auslobt hat. Hierbei bekommen Kinder von Hartz-IV-Empfängern Unterstützung für Musikschul- oder Volkshochschul-kurse, Nachhilfe, Schulausflüge oder auch für Vereinsbeiträge. Bundesweit wird das Angebot selten abgerufen, doch im Landkreis Cham wird es deutlich besser angenommen.

Hilfen. Jede Bedarfsgemeinschaft von Hartz-IV-Empfängern werde im Landkreis extra auf diese Möglichkeiten hingewiesen, so Jobcenter-Later-Josef Beer. Dazu habe das Jobcenter

2019 alle etwa 280 dafür in Frage kommenden Bedarfsgemeinschaften mit Kindern bis 18 Jahre angeschrieben. Habe man davor eine Teilnahme von etwa 40 Prozent gehabt, was uns zu wenig war, liege der Wert jetzt bei etwas mehr als 60 Prozent, so Beer.

Niederschwellig. Über die Werbung sowie durch den niederschwelligen, vereinfachten Zugang – es reicht hier der Bescheid für Hartz-IV – seien die Zahlen auf zwei Drittel gestiegen worden. Das einzige, was wir brauchen ist der Beleg, dass etwas besucht wurde, so Beer. Eines sei klar: Man müsse etwas tun, damit die Angebote genutzt würden.

Aufwand ausgestellt wird, die Chance geben, kommunale Angebote kostenfrei zu nutzen. Gemeint sind laut SPD-Antrag etwa Hallen- und Freibäder, Museen, Bibliotheken und andere kulturelle Einrichtungen. Für Kommunen, die besonders viele Angebote haben, soll es bei Nutzung eine Entschädigung geben. Dafür solle der Landkreis 50.000 Euro im Haushalt vorsehen. Zudem will die SPD, dass mit der Sozialcard weitere soziale Dienste wie Tafel, BRK oder Caritas kostenlos genutzt werden können. Soweit der Plan. Das Landratsamt solle hier koordinieren, so Kersch. „Ich bin dem gegenüber aufgeschlossen“, sagte Landrat

Franz Löffler. Es gehöre sich für eine sozialgerechte Gesellschaft, denen zu helfen, die nicht „auf der Sonnenseite des Lebens“ zuhause seien. Er wies jedoch darauf hin, dass es nicht möglich sei, zusätzliche Geldleistungen aus dem Kommunalhaushalt dafür zu geben.

Keiner soll vergessen werden

Der Kern des Antrags sei aber überlegenswert mit solch einem Angebot die Menschen besser zu integrieren. Doch wer soll sie bekommen, die SozialCard? Nur Hartz-IV-Empfänger oder auch Geringverdiener, fragte Löffler. Und was ist mit Senioren mit kleiner

Rente oder auch mit Alleinerziehenden, die ein besonders hohes Armutsrisiko haben und die die Grünen-Kreisrätin Andrea Leitmann ansprach? „Wir sollten möglichst keinen hinten lassen“, meinte der Landrat.

Weitere Fragen stellte Oberregierungs-rätin Martina Altmann, die für die Verwaltung das Thema SozialCard abkloppte. Etwa, wer die Kosten dafür trägt. Der Landkreis dürfe solche freiwilligen Leistungen nicht tragen, das müssten die Gemeinden tun. Und was soll vergünstigt werden? Woanders gebe es etwa Rabatte auf Tageszeitungen, auch für Sport- und Musikvereine. Im Landkreis Schwandorf seien mehr dabei als nur Hartz-IV-Empfänger.

CSU-Fraktions-sprecher Karl Holmeier betonte, dass auch Geringverdiener teilhaben sollten. „Dass die Güter nicht gerecht verteilt sind ist klar, doch der Staat leistet einen Ausgleich“, sagte Kreisrat Max Schmaderer (Freie Wähler). Er wies auf Dinge wie die Aufwendungen für Heizung und Wohnen von SGB-Leistungsempfängern: „Eine SozialCard ist schön und recht, aber sie muss finanziert werden!“, so Schmaderer und stellte zusätzliche Kosten dadurch für die Kommunen infrage.

Für eine Erweiterung der Zielgruppe um Senioren mit Niedrigrenten sprach sich FW-Kreisrat Markus Hofmann aus. Doch sollten die Leistungen nicht kostenlos, sondern nur mit einem Rabatt versehen sein. Wer nur Hartz-IV-Empfänger oder Asylbewerber einschließe, bringe woanders Unzufriedenheit, denn viele würden hier schwer arbeiten und wenig verdienen, bemerkte FW-Kreisrätin Karin Bucher. Sie sah in der SozialCard zudem viel Verwaltungsgarbit. „Ohne Personal geht das nicht“, sagte Landrat Löffler. CSU-Kreisrat Stefan Baumgartner warnte vor einem bürokratischen Monster. „Am Ende kostet die SoSe mehr als der Braten.“ Und CSU-Kreisrat Sandro Bauer forderte einen Finanzausgleich für die Gemeinden, die für eine SozialCard-Inhaber viel zu bieten haben. Da sei er „sehr skeptisch“, so Landrat Löffler, jedenfalls wurde die Verwaltung einstimmig beauftragt, weitere Vorbereitungen für die Einführung der SozialCard zu treffen.